

**Freie
Demokraten**

FDP



***NIE GAB ES
MEHR ZU TUN.***

***HANNOVER
ENTSCHEIDET.***

**DAS HANNOVERPROGRAMM
2021 BIS 2026**

**Programm des Stadtverbands Hannover
der Freien Demokratischen Partei
zur Kommunalwahl 2021
- Langfassung -**

**HANNOVER
ENTSCHEIDET.**

HANNOVER ENTSCHEIDET.

Das neue Jahrzehnt beginnt anders als erwartet. Seit mehr als einem Jahr prägt die COVID-19-Pandemie unser Leben. Die Auswirkungen auf die kommunalen Strukturen in Wirtschaft und Kultur, Jugend- und Sozialhilfe waren erheblich und werden lange nachwirken. Die kommunalen Finanzen sind über Jahre durch die pandemiebedingten Einnahmeausfälle sowie die erheblichen zusätzlichen Ausgaben unter Druck.

Gleichzeitig hat die Pandemie erhebliche Modernisierungsbedarfe sichtbar gemacht. Insbesondere in den Bereichen der öffentlichen Verwaltung, dem Schulwesen, der Nutzbarkeit öffentlicher Räume durch Viele, der Attraktivität der Quartiere und der Innenstadt. Diese Modernisierungsbedarfe müssen politisch und finanziell begleitet werden. Die ohnehin vorhandenen und sichtbaren Investitionsbedarfe in Infrastruktur und Bildung genießen darüber hinaus weiter hohe Priorität. In diesem Umfeld dynamischer Veränderungen wollen wir Freie Demokraten für Hannover weiterhin Verantwortung übernehmen.

Wir wollen sicherstellen, dass unsere Stadt sich positiv weiterentwickelt und dabei die Belange aller im Blick behält.



Mobilität ist ein natürliches Bedürfnis aller Menschen und daher müssen auch alle Verkehrsmittel attraktiv bleiben. Hier sind Pragmatismus und Kompromissbereitschaft für uns Freie Demokraten wichtiger als Ideologie. Individuelle Mobilität – egal ob mit zwei oder vier Rädern oder zu Fuß – ist uns ebenso wichtig wie die Weiterentwicklung des ÖPNV.

Die Vielfalt des Bildungswesens in Hannover wollen wir erhalten. Unser Einsatz für ein achtzehntes Gymnasium und die intensivierete Vorbereitung der Abrufung der Mittel aus dem Digitalpakt für einen Digitalisierungsschub für unsere Bildungsinfrastruktur sind Ergebnis einer liberalen Bildungspolitik, die viele Schulformen für alle Talente realisiert. Unser Einsatz für Trägervielfalt der Akteure außerschulischer Bildung wird auch in den kommenden Jahren die Attraktivität der Angebote für Kinder und Jugendliche positiv beeinflussen. Die Angebote für die Betreuung der Kleinsten im Ganztage werden weiter ausgebaut werden müssen.

Das kulturelle Leben in Hannover ist attraktiv für viele Besucherinnen und Besucher auch aus dem Land und der Region. Die Weiterentwicklung der vorhandenen Strukturen und der gelungene Mix aus Hochkultur und freien Kulturschaffenden ist uns Liberalen ein Anliegen.

Der Finanzbedarf der Landeshauptstadt darf nach dem Willen der FDP auch bis 2026 nicht durch die Erhöhung der kommunalen Steuern (Gewerbesteuer, Grundsteuer) gedeckt werden, sondern nur durch maßvolle und kritische Spar- und Restrukturierungsanstrengungen der Verwaltung.

Wir Freie Demokraten in Hannover treten zu diesen Wahlen in Hannover mit engagierten, motivierten und kreativen Kandidatinnen und Kandidaten an und bewerben uns um Mandate in den Bezirksräten und im Rat der Stadt.

Wir sind bereit, aus der Mitte des Rates heraus weiterhin Verantwortung zu übernehmen und werden in pragmatischen und konstruktiven Bündnissen im Rat die Zusammenarbeit suchen.

Für eine Politik der Freiheit, der marktwirtschaftlichen Vernunft und dem Willen zur Modernisierung Hannovers werben wir um Ihr Vertrauen.

Hannover entscheidet – Sie entscheiden!

A handwritten signature in black ink that reads "Patrick Döring". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Patrick Döring
Stadtverbandsvorsitzender

INHALTSVERZEICHNIS

- 1. WIRTSCHAFT UND ARBEIT**
- 2. (INNEN-) STADTENTWICKLUNG**
- 3. MOBILITÄT UND VERKEHR**
- 4. BAUEN UND WOHNEN**
- 5. UMWELT- UND KLIMASCHUTZ ALS INNOVATIONSMOTOR**
- 6. KULTUR**
- 7. SCHULE UND BILDUNG**
- 8. KINDER, JUGEND UND FAMILIE**
- 9. SPORT UND EHRENAMT**
- 10. SOZIALES**
- 11. SICHERHEIT UND SAUBERKEIT**
- 12. HAUSHALT UND FINANZEN**
- 13. MODERNE VERWALTUNG UND KOMMUNALE DIGITALISIERUNG**

1. WIRTSCHAFT & ARBEIT

Die Menschen in Hannover haben die Stadt über Jahrzehnte zu einer wirtschaftlich starken, prosperierenden Metropole entwickelt. Insbesondere der starke Mittelstand ist Rückgrat unserer Wirtschaft und damit unseres Wohlstandes. Wir Demokraten stehen an der Seite des Mittelstandes.

Die Landeshauptstadt Hannover ist Impulsgeber und Motor der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Niedersachsen weit über die Region Hannover hinaus. Damit dies so bleibt, müssen die Unternehmerinnen und Unternehmer bei den Herausforderungen einer sich wandelnden Arbeitswelt und der Digitalisierung unterstützt werden.

Wir wollen daher zu privatem und marktwirtschaftlichem Engagement ermutigen:

So werden Arbeitsplätze gesichert und geschaffen: Innovationen müssen gefördert und notwendige Anpassungen an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts gelingen, da dies der beste Weg einer nachhaltigen Erholung nach der Corona-Krise ist.

Der stationäre Einzelhandel, insbesondere im Stadtzentrum, ist seit Jahren einem erheblichen Strukturwandel unterworfen, der durch die Pandemie beschleunigt wurde: Einkaufsverhalten und Lebensumstände haben sich – nicht zuletzt durch den wachsenden Onlinehandel – gewandelt.

Ein neues Konzept für die Innenstadt ist daher von zentraler Bedeutung für den Einkaufsstandort Hannover, weshalb die Entwicklung einer attraktiven, erreichbaren und sicheren Innenstadt im Fokus der Überlegungen zur Zukunft der City stehen muss. Aufenthaltsqualität, Nutzungsvielfalt und Erreichbarkeit sind dabei zentrale Aspekte. Die Vernetzung der Stadtteile mit der City muss verbessert werden, um den Standort nachhaltig zu sichern.

Doch auch abseits des Neudenkens der Innenstadt bedarf es starker Impulse, um den Einzelhandel in der Landeshauptstadt Hannover fit für die Zukunft zu machen: Es bedarf eines proaktiven Leerstandsmanagements durch die Stadt, damit Leerstände verhindert werden und gleichzeitig die Angebotsvielfalt gesichert wird. Außerdem muss die Entwicklung nachhaltiger neuer Konzepte wie Nachtmärkte, Zwischennutzungen durch Kultur, Pop-Up-Stores und Co-Working Spaces systematisch unterstützt werden.

Wir Freie Demokraten wollen die Einrichtung regionaler Online-Marktplätze und digitaler Schaufenster unterstützen, um die Wettbewerbsfähigkeit des stationären Einzelhandels gegenüber dem Online-Handel zu stärken. Hier können lokale und regionale Unternehmen miteinander kooperieren und sich digital präsentieren. In Kooperation mit privaten Dienstleistungsunternehmen können die Kommunen den Händlerinnen und Händlern hierbei nicht nur die Technik zur Verfügung stellen, sondern auch Unterstützung bei der Einrichtung leisten.

Nicht nur der Einzelhandel bedarf einer nachhaltigen und systematischen Förderung:

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Landeshauptstadt Hannover die Neugründung und Erweiterungen von Unternehmen stärker unterstützt. Dazu gehört neben einer lückenlosen Versorgung mit Glasfaser- und Mobilfunk-Netz auch die Straßen-, Wasserstraßen, Autobahn- und Schieneninfrastruktur, denn neue Arbeitsplätze entstehen durch Neugründungen. Ein aktives Gewerbeflächenmanagement ist ebenfalls entscheidend für nachhaltige Standortqualität.

Gründerkultur entsteht dort, wo neue Ideen auch umsetzbar sind. Daher muss unnötige Bürokratie dringend abgebaut werden. Unnötige Behördengänge sollten der Vergangenheit angehören. Schnellere Genehmigungen für Neugründungen können durch die Einführung des one-stop-Shop-Verfahrens bei der Bearbeitung gelingen. Bei diesem Verfahren haben Gründungswillige lediglich eine Anlaufstelle, statt verschiedene Ämter aufsuchen zu müssen. Dazu ist die Wirtschaftsfördergesellschaft Hannover-Impuls weiterzuentwickeln.

Zudem wird die Verwaltung aufgefordert, ein ganzheitliches Gründerkonzept zu erarbeiten, das die Stärken des Standorts heraus arbeitet, um damit international zu werben. Teil des Konzepts soll eine zentrale Anlaufstelle sein, welche bestehende Gründungs-Angebote von privaten und öffentlichen Trägern in Hannover sammelt.

Dazu gehören beispielsweise alle Startup-Events und ausgeschriebene Stellen von Startups in Hannover sowie eine verbesserte Kommunikation der Angebote. Darüber hinaus soll das kostenfreie Beratungsangebot ausgeweitet werden. Das Konzept der VentureVilla sollte ausgeweitet werden und die Beschränkung auf Web- und Softwaretechnologie aufgehoben werden, um eine möglichst vielseitige Gründerkultur zu fördern. Zudem soll geprüft werden inwieweit auch Angebote für Gründungswillige ohne konkrete Idee geschaffen werden können und ob sich die VentureVilla um einen Company Builder Bereich erweitern lässt.

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Landeshauptstadt Hannover ein attraktiver Standort für das Handwerk bleiben muss! Dafür braucht es zusätzlichen Raum für Handwerksbetriebe.

Bei der Entstehung neuer Bauareale sollten Gebäudeanforderungen durch die Nutzung von Handwerksbetrieben berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere auch für Wohn- und Mischgebiete, um das Nebeneinander von Arbeit und Wohnen in lebenswerten Quartieren zu fördern. Öffentliche Ausschreibungen sind dahin zu gestalten, dass auch lokale Handwerksbetriebe einen Anreiz haben, teilzunehmen und Angebote abzugeben. Zur nachhaltigen Sicherung des Standorts Hannover muss in den kommenden Jahren auch dem Gastgewerbe neue Perspektiven geboten werden. Die Gastronomie und Veranstaltungen aller Art prägen die Lebensqualität in der Stadt: Hotels und Restaurants sind wichtig für den Standort und die Branche ist von der Pandemie besonders hart getroffen. Daher müssen Konzepte zur Unterstützung und insbesondere zur unbürokratischen Erweiterung der Außengastronomie entwickelt werden. Zur Stärkung der lokalen Gastronomie und Veranstaltungswirtschaft ist es für uns Freie Demokraten zudem wichtig, dass das städtische Eventmanagement nicht mit der Privatwirtschaft konkurrieren darf.

FÜR DIE FDP IN HANNOVER ERGEBEN SICH DAHER IM BEREICH DER WIRTSCHAFTS- UND BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK FOLGENDE SCHWERPUNKTE FÜR DIE POLITISCHE ARBEIT:

- Wir wollen die lokale Wirtschaft durch ein innovatives Innenstadt- und Stadtteilkonzept, durch ein aktiveres Leerstands- und Citymanagement stärken.
- Wir wollen Gründergeist fördern. Neue Unternehmen schaffen neue Arbeitsplätze und stärken den Wirtschaftsstandort. Dazu bedarf es eines systematischen Bürokratieabbaus und eines konsequenten Aufbaus nötiger Verkehrs- und Digitalinfrastruktur sowie ein ganzheitliches Gründerkonzept mit einer zentralen Anlaufstelle.
- Wir wollen das Handwerk als Rückgrat des Mittelstands stärken. Insbesondere die Integration von Handwerksbetrieben am Rande von Wohngebieten sowie zusätzliche Gewerbeflächen sind wichtig, damit die Stadt der kurzen Wege im Hinblick auf Wohnen und Arbeiten möglich wird.
- Wir wollen das Gast- und Veranstaltungsgewerbe als Grundpfeiler urbaner Lebensqualität unterstützen, damit der Weg aus der Krise gelingt und Hannover weiterhin eine lebendige, kulturell ansprechende und lebenswerte Stadt ist.

2. (INNEN-) STADTENTWICKLUNG

Die Städte befinden sich in einem Prozess grundlegenden Strukturwandels aufgrund sich verändernder Lebens- und Einkaufsgewohnheiten, Bedürfnissen steigender Mobilität sowie zunehmender Flächenknappheit in den Städten. Motor dieser Wandlungsprozesse ist insbesondere die Digitalisierung der vergangenen Jahrzehnte. Durch den pandemiebedingten Lockdown und die stark veränderten Alltagsgewohnheiten der Menschen hat sich dieser Wandlungsprozess erheblich beschleunigt.

Stadtentwicklung muss daher sehr viel vernetzter und neu gedacht werden, um zukunftsfähige, lebenswerte und attraktive Metropolen von morgen zu schaffen.

Die Gestaltung dieser Wandlungsprozesse hat für uns Freie Demokraten oberste Priorität. Daher wollen wir Maßnahmen zum nachhaltigen Umbau insbesondere der Innenstadt aber auch zur verbesserten Anbindung der Stadtteile, damit Hannover auch zukünftig lebenswert und ein attraktiver Wirtschaftsstandort bleibt.

Dazu gehört, dass die Innenstadt ein ansprechendes Gastronomieangebot, gute Erreichbarkeit für Besucher, Beschäftigte und Logistik, Sicherheit und Sauberkeit sowie eine gute Aufenthaltsqualität und ein kulturell vielfältiges Angebot aufweist.

Diese dringend nötigen Konzepte zur Stadtentwicklung müssen als Querschnittsaufgabe der gesamten Kommunalpolitik verstanden werden: wichtige Themen sind Wirtschaftsförderung, Stadtgrün, Leerstands- und Standortmanagement, Mobilität und digitale Infrastruktur.

Wir Freie Demokraten setzen uns daher für einen umfassenden, offenen und ideologiefreien Dialog mit allen beteiligten Stakeholdern und der Stadtgesellschaft ein.

Wir Freie Demokraten sehen die Unterstützung von inhabergeführten Geschäften in der Innenstadt als eine Kernaufgabe der Standortpolitik im Innenstadtbereich. Hierbei gilt es seitens der Politik Rahmenbedingung zu schaffen, in denen die Einzelhändlerinnen und -händler ihre Stärken wie Kundenkontakt und -bindung entfalten können. Inhabergeführte Geschäfte tragen in ihrer Gesamtheit maßgeblich zum Charakter und zur Attraktivität der Innenstädte bei.

Um den stationären Einzelhandel zu stärken, möchten wir Freie Demokraten den innerstädtischen Einzelhandel ermutigen, neue Wege im Verkauf zu gehen. Pilotprojekte wie Pop-Up-Stores und ihre innovative Bewerbung möchten wir unterstützen. Auf diesem Weg der kreativen Neuausrichtung möchten wir in Hannover dem Einzelhandel ein starker Partner sein.

Neben der Stärkung des Einzelhandels erachten wir Freie Demokraten zur Stabilisierung der Innenstadt eine Abkehr von der einseitigen Nutzung der Innenstadt, vor allem durch Büros und den Einzelhandel als notwendig. Um den Innenstadtbereich wirklich zu einem Ort der Begegnung zu machen und ihn zu beleben, sollen Institutionen mit entsprechendem Publikumsverkehr in die Innenstadt geholt werden, z.B. Kulturangebote. Durch mehr Laufkundschaft und einen besseren Anschluss an die Stadtteile, wird die Innenstadt gestärkt.

Neben der wichtigen Funktion für Handel und Wirtschaft sollte auch das Wohnen eine zentrale Rolle einnehmen. Zur Attraktivitätssteigerung und nachhaltigen Sicherung des Standorts muss die Innenstadt viel mehr als bislang als Ort der Begegnung gedacht werden. Dazu gehört mehr Stadtgrün, die Schaffung innenstädtischer Erlebnisplätze für unterschiedliche Generationen. Insgesamt muss der Innenstadtbereich mehr vielfältige Erlebnisräume für seine Besucherinnen und Besucher bieten. Auch wird der Einkaufsstandort durch bessere Angebote für Kinder im Citybereich gestärkt. Freies WLAN steigert die Attraktivität unserer Fußgängerzonen und Innenstädte.

**FÜR DIE FDP IN HANNOVER ERGEBEN SICH DAHER IM
BEREICH DER INNENSTADTENTWICKLUNG
FOLGENDE SCHWERPUNKTE FÜR DIE POLITISCHE ARBEIT:**

- Wir wollen die Stärkung des innerstädtischen Einzelhandels durch die Unterstützung innovativer Konzepte und aktives Standortmanagement.
- Wir wollen eine strukturelle und lebensweltnahe Vernetzung von Stadtzentrum und Stadtteilen.
- Wir wollen, dass die Innenstadt neu als Begegnungsraum gedacht und konzipiert wird. Einzelhandel, Handel, Dienstleistung, Wohnen und Freizeit müssen städtebaulich und stadtplanerisch zu einem stimmigen Gesamtkonzept zusammengebracht und entwickelt werden.

3. MOBILITÄT UND VERKEHR

Mobilität ist im Wandel und die Diskussionen um eine Neuordnung der Verkehre nimmt auch in der Landeshauptstadt Hannover an Fahrt auf. Wir Freie Demokraten stehen für eine ideologiefreie Verkehrspolitik, die Mobilität als grundlegendes Recht versteht.

Für uns Freie Demokraten in Hannover ist klar: gute Verkehrspolitik schafft optimale, gleichberechtigte Rahmenbedingungen für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer. Dies ist der Grundsatz für eine moderne, liberale Verkehrspolitik in Hannover.

Die derzeitige Diskussion um eine mögliche autoarme Innenstadt zeigt, dass dieser Anspruch in der Realität oft in ideologischen Grabenkämpfen zu versinken droht: Die Diskussion greift viel zu kurz und verstellt den Blick auf das Wesentliche. Die Umgestaltung der Innenstadt muss vor allem ein städteplanerischer Prozess sein und darf nicht von einer verkehrspolitischen Prämisse ausgehen. Anders gesagt: Es muss herausgearbeitet werden, was das Beste für die Bewohnerinnen und Bewohner bzw. Nutzerinnen und Nutzer der Innenstadt ist und daraus muss ein sinnvolles Verkehrskonzept entwickelt werden. Dabei ist es den Menschen selbst zu überlassen, wie sie in die Innenstadt kommen möchten. Diese Wünsche sind zu respektieren und in der Verkehrsplanung zu berücksichtigen. Hierbei sollten die individuellen Sicherheitsbedürfnisse, die Erreichbarkeit für alle sowie eine intelligente Verkehrsführung nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in den Quartieren im Mittelpunkt der Überlegungen stehen. Insbesondere wollen wir Freie Demokraten, dass Durchgangsverkehre konsequent außerhalb des Cityrings geführt werden, damit die Innenstadt entlastet wird.

Um das sichere und komfortable Miteinander aller im Straßenverkehr zu gewährleisten, ist langfristig eine bauliche Trennung der Verkehrsarten anzustreben. Bei baulichen Veränderungen müssen die Belange aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer mitgedacht werden. Fußwege müssen ausreichend breit und mit mehr Ruhemöglichkeiten angelegt werden.

Ein wichtiger Baustein nachhaltiger urbaner Mobilität ist auch ein zuverlässiger und gut ausgebauter ÖPNV, der als echte Alternative zu Auto und Fahrrad gesehen wird. Er muss bezahlbar, schnell, komfortabel und sauber sein. Um dies zu befördern, sollte die Einführung des 360-Euro-Tickets endlich umgesetzt werden. Die Verfügbarkeit und Geschwindigkeit des ÖPNV muss besser werden, weshalb wir Freie Demokraten in Hannover, Stadt- und Regionsverwaltungen auffordern, die Möglichkeiten zur Umsetzung alternativer Routen wie neu zu schaffende Ringverbindungen und zusätzliche Stadtbahn-Y-Verkehre auszuloten. So können insbesondere die Stadtteile besser angebunden und Wegzeiten erheblich verkürzt werden. Auch die Intensivierung der Nachtfahrzeiten insbesondere, um den Bedürfnissen von Menschen, die im Schichtdienst arbeiten entgegenzukommen, sollte mit der Regionsverwaltung erörtert werden.

Eine absolut nötige Maßnahme zur Steigerung der Attraktivität des ÖPNV sehen wir Freie Demokraten in einer massiven Digitalisierungskampagne: der Anteil des digitalen Ticketverkaufs muss stark gesteigert werden, WLAN muss Teil eines modernen ÖPNV-Angebots werden. Wichtig ist hier auch die bessere Vernetzung von City, Stadtteilen und Region und Individualisierung durch die Einrichtung eines App-basierten ÖPNV-on-demand-Systems (z.B. Rufbus- und Ridesharing-Konzepte (Mitfahrdienste)).

Selbstverständlich ist auch der Radverkehr ein wichtiger Teil der Mobilität der Zukunft. Um einen attraktiven Mobilitätsmix in Hannover zu erreichen, muss daher die Planung der Radwegeinfrastruktur weiter vorangetrieben werden. Dazu gehört die konsequente, im Dialog mit der Stadtgesellschaft zu erarbeitende Umsetzung des Veloroutenkonzepts, die Einrichtung ausreichender, sicherer Fahrradparkplätze insbesondere in Bahnhofsnähe sowie beleuchtete Radwege, die ganzjährig und zu jeder Tageszeit sicher zu befahren sind.

Aufgrund der starken Vernetzung mit dem Umland und den daraus resultierenden Pendlerströmen, muss die Kooperation zwischen Stadt und Region dringend intensiviert werden. Es muss verstärkt ein Bewusstsein entstehen, dass die Bedürfnisse einer Großstadt nicht ohne das Umland zu lösen sind. Zukunftsprojekte wie Straßeninfrastruktur, Velorouten und insbesondere die Führung und Taktung des ÖPNV

müssen unbedingt bedarfsorientiert verbessert werden, damit auch Fahrrad und ÖPNV echte Alternativen für Berufspendler und Besucher aus dem Umland werden. Dazu gehört auch der Ausbau attraktiver Park & Ride bzw. Bike-&-Ride-Anlagen an der städtischen Peripherie und eine bessere Verknüpfung dieser Einrichtungen mit den Angeboten des ÖPNV.

Aufgrund der wachsenden Stadt und der betriebenen Nachverdichtung ist es in vielen Quartieren fast unmöglich, einen Parkplatz zu finden. Um diesem Problem entgegenzutreten, wollen wir privat oder kommunal betriebene Quartiersparkhäuser bauen. Dort können Anwohnerinnen und Anwohner zu erschwinglichen Preisen Stellplätze mieten. Diese Quartiersparkhäuser können ebenfalls als Mobilitätshubs dienen und verschiedensten Nutzergruppen unterschiedliche Möglichkeiten bieten. Sozial- und Pflegedienste können dort ihre Wagen abstellen. Hier könnten beispielsweise auch Carsharingstationen, E-Ladestationen, Fahrradboxen, Lastenrad- und E-Bikeverleih sowie E-Rollerstation entstehen.

Die Digitalisierung bietet viele Möglichkeiten, Verkehrsströme besser zu lenken und Mobilitätsangebote zu machen, die den individuellen Bedürfnissen der Menschen entsprechen. Wir Freie Demokraten setzen uns zum Beispiel für die Einführung einer Mobilitäts-App ein, die verschiedene Angebote vereint und so den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt sowie Besucherinnen und Besuchern helfen soll immer den schnellsten Weg zum Ziel zu finden. ÖPNV, Sharing-Angebote, sowie Routenplanung für den Individualverkehr sollen in der App integriert und buchbar sein.

Wir Freie Demokraten verstehen unter Smart Mobility unter anderem die Vernetzung des ÖPNV sowie digitale Parkleitsysteme. Damit jede Bürgerin und jeder Bürger immer weiß, welcher Parkplatz gerade frei ist, sind Parkplätze etwa mit Sensoren auszustatten.

FÜR DIE FDP IN HANNOVER ERGEBEN SICH DAHER IM BEREICH DER VERKEHRSPOLITIK FOLGENDE SCHWERPUNKTE FÜR DIE POLITISCHE ARBEIT:

- Wir wollen die Gleichberechtigung aller individuellen Verkehrsmittel und des ÖPNV.
- Wir wollen die Einführung eines 360 €-Tickets im städtischen ÖPNV.
- Wir wollen die Gestaltung einer autoarmen statt einer autofreien Innenstadt bei Erreichbarkeit aller vorhandenen Parkhäuser innerhalb des Cityrings.
- Wir wollen den Ausbau der Radinfrastruktur durch den Bau von Velorouten, von Bike-&-Ride-Einrichtungen und dem Ausbau der Ladestationen für E-Bikes.
- Wir wollen die Einrichtung von Quartiersparkhäusern für PKW und E-Bikes inklusive der dazugehörigen jeweiligen Ladeinfrastruktur.
- Wir wollen den schnellen Ausbau einer intelligenten Ampelsteuerung, auch unter Berücksichtigung des Radverkehrs.
- Wir wollen, dass bei der Erweiterung des ÖPNV-Angebots zukünftig innovative Technologien (z.B. Seilbahnen und Monorails) ernsthaft in Betracht gezogen werden.

4. BAUEN UND WOHNEN

Hannover ist nach wie vor eine wachsende Stadt. Die Gründe sind vielfältig und liegen in der wirtschaftlichen Stärke der Stadt, ihrem attraktiven kulturellen Angebot, ihrer Lage im Herzen Niedersachsens, ihrer hervorragenden Verkehrsanbindung sowie in ihrer renommierten Universität begründet.

Das bedeutet nicht nur einen großen Nutzen für Menschen in der Landeshauptstadt Hannover, sondern auch große Herausforderungen, was die Bereitstellung von Infrastruktur und besonders von Wohnraum angeht.

Wir Freie Demokraten setzen beim Wohnungsbau auf bedarfsgerechte Modelle statt auf Verbote und Quoten. Wir möchten Rahmenbedingungen setzen, die die Schaffung von Wohnräumen für unterschiedlichste Lebenssituationen fördern: Neben Miet- und Eigentumswohnungen, Einfamilienhäusern und Reihenhäusern, müssen auch neue Wohnformen wie Tiny Houses, ökologische Bauformen und Mehrgenerationenhäuser bedarfsgerecht und möglichst unbürokratisch ermöglicht werden. Ein breites Wohnraumangebot in allen Segmenten ist das beste Mittel gegen stetig steigende Mieten und Kaufpreise und würde zweifelhaften politischen Instrumenten wie der Mietpreisbremse, Milieuschutz-Satzungen und ähnlichen, politisch motivierten Eingriffen in den Mietspiegel vorbauen. Diese Maßnahmen schaffen keine neuen Wohnungen und verhindern Modernisierung und Sanierung von Bestandswohnungen.

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass diese Maßnahmen ungeeignet sind, um eine dauerhafte Verbesserung der Preisstruktur herbei zu führen.

Insbesondere liegt unser Fokus als Freie Demokraten beim Wohnungsbau auf der Schaffung von mehr mittelpreisigem Wohnraum, der durch die Notwendigkeit der Finanzierung von günstigem Wohnraum immer weniger geschaffen wird: Die Schere zwischen günstig und teuer geht immer weiter auseinander und die Lücke dazwischen wird immer größer. Dieser Entwicklung, die insbesondere für Familien immer mehr zum Problem wird, gilt es möglichst schnell zu verkleinern. Die in den vergangenen Jahren beschlossene Maßnahmen, wie das Konzept der 8-Euro-Wohnungen und Änderungen der Stellplatzsatzung hierzu sind auszubauen. Private und gewerbliche Bauherren sowie Wohnungsgenossenschaften, die den stark nachgefragten Wohnraum im mittleren Preissegment bereitstellen, sind bei der Vergabe von Baugrundstücken vorrangig zu berücksichtigen.

Wir Freie Demokraten wollen die Beschleunigung und Erleichterungen bei Baugenehmigungen durch konsequente Digitalisierung des Bauantragsverfahrens.

Wir fordern, dass Regeln und Verordnungen, Bauauflagen und Satzungen kritisch auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden. Kommunale Sonderregelungen müssen entfallen, da bundesgesetzliche Regelungen hier völlig ausreichend sind.

Wir erachten eine urbane Nachverdichtung als geboten und sinnvoll. Allerdings muss dies unter Berücksichtigung des Quartierscharakters mit Augenmaß erfolgen. Hierbei ist nicht nur auf ausreichende Freiräume zu achten, sondern auch die Kapazitäten der Infrastruktur müssen berücksichtigt und Verkehrskonzepte entsprechend angepasst werden.

Wir Freie Demokraten wollen für die bestmögliche Ausnutzung verfügbarer Räume die Schaffung eines digitalen Baulücken- und Potenzialflächenkatasters. Planungsrelevante Daten, Kartenwerke, Flächennutzungs- und Bebauungspläne sowie Raumordnungsprogramme sollen in digitaler Form zur Verfügung gestellt werden. Die Beschaffung, Auswertung und auch die Archivierung in Papierform ist nicht mehr zeitgemäß, verlangsamt Planungsprozesse und wirkt auf potentiell interessierte Investoren abschreckend.

Mit einem digitalen Kataster ist zudem mehr Transparenz bei der Flächenvergabe von städtischen Grundstücken gegeben, so dass auch Kleininvestoren eine Chance haben.

Darüber hinaus stellen sogenannte Urban Voids ein großes Potenzial für die Stadtentwicklung dar. Über eine städtische Plattform sollen diese durch die Eigentümerinnen und Eigentümer gemeldet werden können. So können Projektentwicklerinnen und Projektentwickler einfacher auf Eigentümerinnen und Eigentümer zugehen, um die ungenutzten Potenziale entfalten zu können.

Das städtische Flächenmanagement muss weiterentwickelt werden. Das bislang vielfach vorherrschende Denken in Rivalitäten: Wohnen oder Gewerbe, Naherholung oder Wohnen etc. muss zugunsten eines umfassenden Konzepts urbaner Lebenswelten ersetzt werden: Durch eine Vielfältigkeit der Flächennutzungen innerhalb eines Quartiers, durch Wohnen, Handel, Gewerbe und Freiräume, entstehen attraktive Quartiere und die Stadt der kurzen Wege entsteht.

**FÜR DIE FDP IN HANNOVER ERGEBEN SICH DAHER IM
BEREICH DER WOHNUNGS- UND BAUPOLITIK
FOLGENDE SCHWERPUNKTE FÜR DIE POLITISCHE ARBEIT:**

- Wir wollen die Schaffung ausreichenden bedarfsgerechten und bezahlbaren Wohnraum für alle. Insbesondere im mittleren Preissegment muss mehr Wohnraum entstehen.
- Wir wollen keine Überregulierung des Wohnungsmarkts durch Mietpreisbremsen und Milieuschutzsatzungen. Diese bremsen die Bautätigkeit. Nur eine Vergrößerung des Angebots an Wohnraum wird die Preise langfristig stabilisieren können.
- Wir wollen, dass das Baugenehmigungsverfahren digitalisiert und deutlich beschleunigt wird.
- Wir wollen ein intelligentes und integriertes Flächenmanagement, um ausreichende Flächen für alle Bedarfe einer wachsenden Stadt zu schaffen und diese sinnvoll miteinander zu vereinen.

5. UMWELT- UND KLIMASCHUTZ ALS INNOVATIONSMOTOR

Hannover hat dank seiner ausgedehnten Naturräume eine hohe Lebensqualität. Die Hälfte der Stadt besteht aus Gärten, Wald oder Gewässern. Hannoveranerinnen und Hannoveraner können aufgrund der kurzen Wege sowohl bei einem geplanten Wochenendausflug als auch jederzeit spontan dem Alltag entfliehen und in den vielen einzigartigen Naturräumen Erholung suchen. Umweltschutzmaßnahmen, die eine Nutzung der Grünflächen durch die Bevölkerung erschweren oder untersagen, lehnen wir darum ab. Insbesondere den ausgedehnten und vielfältigen Kleingartenanlagen kommt hier eine herausragende Stellung zu, sowohl im Hinblick auf die Naherholung als auch aufgrund der ökologischen und mikroklimatischen Funktionen dieser Grünanlagen.

Wir Freie Demokraten wollen daher den Erhalt und die Stärkung der Kleingartenanlagen. Diese vielfältigen Landschafts- und Naturräume im Stadtzentrum sowie an den Stadträndern gilt es zu bewahren, da sie von entscheidender Bedeutung für die Lebens- und Aufenthaltsqualität der Stadt haben. Ein wichtiger Aspekt des Umweltschutzes ist für uns Freie Demokraten auch der Erhalt der Artenvielfalt. Daher wollen wir, dass in der Landeshauptstadt Hannover überall wo dies möglich ist, Blühwiesen statt Rasenflächen entstehen.

Der fortschreitende Klimawandel zählt unbestreitbar zu den größten gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Um diesem effektiv zu begegnen, steht der Mensch im Mittelpunkt liberaler Umweltpolitik. Gerade im städtischen Umfeld sind ökologische, ökonomische und soziale Interessen abzuwägen. Der Mensch darf nicht im Widerspruch zur Natur gedacht werden, sondern als Teil von ihr.

Gemäß dem liberalen Menschenbild vertrauen wir darauf, dass die Bürger selbst verantwortungsvoll und nachhaltig handeln, dazu benötigen Sie jedoch auch einen verlässlichen pragmatischen Rahmen von Politik und Verwaltung. Daher muss Umwelt- und Klimaschutz als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern betrachtet werden. Für die schnelle Erreichung der Klimaziele soll auf innovative Alternativen statt auf Verbote gesetzt werden. Das rein symbolische Ausrufen von Klimanotständen lehnen wir ab.

Aus dieser liberalen Vorstellung vom Menschen als Ausgangspunkt klimapolitischer Überlegungen speist sich die Überzeugung, dass nur technologische Innovation und kreative Lösungen die Umsetzung der Klimaziele ohne wirtschaftlichen und sozialen Schaden möglich machen. Nicht Verbote, sondern Anreize sind der Schlüssel zum Erfolg.

Um Innovationsanreize zu setzen und auf kommunaler Ebene zur Steigerung der Attraktivität des Klimaschutzes beizutragen, soll insbesondere die Energieversorgung strategischer ausgerichtet werden: Wir Freie Demokraten wünschen uns für Hannover Projekte zur Entwicklung und Nutzung verschiedener Technologien zur Speicherung oder Weiternutzung von Stromüberschüssen, die aus der regenerativen Energieerzeugung entstehen. Die kommunale Agentur ProKlima ist daher stärker auf diese Ziele auszurichten.

Die Landeshauptstadt Hannover soll Unternehmen, die hierzu Projekte entwickeln als selbstverständliche, starke Partnerin zur Seite stehen und ihnen keine bürokratischen Hürden in den Weg stellen.

Innovative Wege der Energieversorgung sollen stärker Berücksichtigung finden: Der Neubau von Nahwärmenetzen, in Stadtteilen bzw. Quartieren, wo kein Anschluss an das Fernwärmenetz wirtschaftlich bzw. machbar ist, soll konsequent verfolgt werden. Versorgt werden sollen diese Netze durch erneuerbare Wärmequellen oder Abwärme.

Wir Freie Demokraten wollen die Potenziale einer Kreislaufwirtschaft für eine ökonomisch und ökologisch effiziente Rohstoffnutzung in der Landeshauptstadt Hannover stärker ausschöpfen.

Ziel muss es sein, Abfallprodukte zu vermeiden, sie je nach Potenzial konsequent und gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz direkt wiederzuverwenden oder energetisch zu nutzen.

So wollen wir zu einer nachhaltigen, umweltfreundlichen Wertschöpfung beitragen.

Ab 2022 soll die Landeshauptstadt Hannover jährlich über die konsequente Anwendung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in städtischen Einrichtungen und Eigenbetrieben berichten.

Gleichzeitig fordern wir, dass die kommunale Abfallwirtschaft stärker in die Pflicht genommen wird, Art und Volumen der verarbeiteten Wertstoffe und die daraus erzielte Wertschöpfung jedes Jahr der Stadtverwaltung in einem ausführlichen Bericht offenzulegen.

Das Optimierungspotenzial des Recyclings von Metallen und festen, flüssigen und gasförmigen kohlenstoffhaltigen Produkten soll auf wissenschaftlicher Basis zusammen mit Industrie und Forschenden erarbeitet werden. Wir Freie Demokraten wollen, dass die Stadt hier einen Dialog in Gang setzt und moderiert. Hannover bietet sich als starker Industrie- und Wissenschaftsstandort hierfür an. Der Stand der Praxis und das Optimierungspotenzial sollen jährlich berichtet werden.

FÜR DIE FDP IN HANNOVER ERGEBEN SICH DAHER IM BEREICH DER UMWELT- UND KLIMAPOLITIK FOLGENDE SCHWERPUNKTE FÜR DIE POLITISCHE ARBEIT:

- Wir wollen, dass gerade im städtischen Umfeld ökologische, ökonomische und soziale Interessen sorgfältig abgewogen werden. Der Mensch steht im Mittelpunkt liberaler Umwelt- und Klimapolitik.
- Wir wollen, dass Umwelt- und Klimaschutz als Querschnittsaufgabe aller Politikfelder betrachtet wird. Daher lehnen wir Klimanotstandsbeschlüsse ab.
- Wir wollen die Förderung innovativer Alternativen statt Verbote, denn wir glauben, dass nur technologische Innovation und kreative Lösungen die Umsetzung der Klimaziele ohne wirtschaftlichen und sozialen Schaden möglich macht. Nicht Verbote, sondern Anreize sind der Schlüssel zum Erfolg.
- Wir wollen mehr Innovationsanreize auf kommunaler Ebene, insbesondere im Bereich der Energieversorgung. Hier liegt das Potential insbesondere auf Projekten zur technologieneutralen Entwicklung und Nutzung verschiedener Technologien zur Speicherung oder Weiternutzung von Stromüberschüssen.
- Wir wollen den Neubau von Nahwärmenetzen für Quartiere
- Wir wollen die Potenziale einer Kreislaufwirtschaft für eine ökonomisch und ökologisch effiziente Rohstoffnutzung in der Landeshauptstadt Hannover stärker ausschöpfen. Hierzu sollen regelmäßige Berichte der Stadtverwaltung und des kommunalen Entsorgers etabliert werden, um Optimierungspotentiale auszuschöpfen.

6. KULTUR

Wir Freie Demokraten verstehen Kultur als ein elementares menschliches Grundbedürfnis. Es ist ein wichtiges Element gesellschaftlicher Teilhabe, der persönlichen Entwicklung und der sozialen Interaktion.

Kulturelle Bildung ist damit eine wichtige kommunale Aufgabe. Gerade vor dem Hintergrund der in Schule häufig nur noch rudimentär vermittelten Grundkenntnisse zur bildenden Kunst, Musik und Kultur, sind vielfältige und leicht zugängliche Angebote zur kulturellen Bildung wichtig.

Wir fordern partizipative kulturpädagogische Konzepte um Menschen allen Alters den hannoverschen Kulturschaffenden, der Theater- und Musikszene sowie der Museumslandschaft näher zu bringen. Öffentlich geförderte Kultureinrichtungen sollen für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren grundsätzlich kostenfrei sein und deutlich reduzierte Eintrittspreise für Auszubildende, Studierende und Erwerbslose anbieten.

Kunstpädagogik und ein frühes Heranführen an kulturelle Orte fördern das Kulturbewusstsein und sind langfristig auch ein Vorteil für die Kultureinrichtungen selbst.

Zugleich steigert ein breites kulturelles Angebot die Attraktivität des Standorts immens und macht sich in vielerlei Hinsicht für die Kommune bezahlt. Kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen erzeugen stets eine Strahlkraft, die z.T. weit über die Kommune hinaus reicht und einen Mehrwert für Kommune, Bürgerinnen und Bürger, Touristen und Wirtschaft schaffen kann.

Daher fordern wir Freie Demokraten die Einführung eines kommunalen Kulturtickets, das die jeweiligen Kultureinrichtungen der Region bekannter macht und Ermäßigungen in verschiedenen Kultureinrichtungen bündelt. Kunst und Kultur sind nicht nur ein großer Wirtschaftsfaktor. Sie haben auch einen großen Anteil daran, wie lebenswert eine Kommune ist. Die Vielfalt kultureller Angebote wird durch ein kommunales Kulturticket bekannter gemacht und temporäre Aktionen werden verstärkt im Stadtbild beworben.

Um die Potentiale unserer kulturellen Institutionen in der Landeshauptstadt Hannover voll auszuschöpfen, wollen wir Freie Demokraten die Kulturbetriebe darin unterstützen, den eingeschlagenen Weg der Digitalisierungsoffensive konsequent fortzusetzen.

Museen, Bibliotheken und Archive sind ein wichtiger Anlaufpunkt für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Kulturschaffende und interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Derzeit ist ein digitaler Zugang oft bestenfalls nur eingeschränkt möglich. Ein barrierefreier und attraktiver Zugang zu Beständen, Ausstellungen und Veranstaltungsformaten für die Öffentlichkeit, wäre ein erheblicher Gewinn sowohl für Nutzerinnen und Nutzer als auch für die Kultureinrichtungen selbst.

Diese Umsetzung der Digitalisierung und Zugänglichmachung von Beständen, Ausstellungen und wo möglich auch Veranstaltungen bedarf jedoch der finanziellen und logistischen Unterstützung der Kommune.

Daher setzen wir Freie Demokraten uns für eine Reform der Richtlinien zur Förderung von Kultureinrichtungen und Kulturschaffender ein. Der Antragsprozess muss vereinfacht werden. Kleinprojekte werden auf unbürokratischem Wege bewilligt. Des Weiteren fordern wir, dass die Mittelvergabe der Kulturförderung jährlich bilanziert wird.

Insgesamt steht die Kulturförderung heute vielleicht mehr denn je vor riesigen Herausforderungen. Vor dem Hintergrund knapper kommunaler Kassen steht sie einer beispiellosen Krise der Kunst- und Kulturwirtschaft gegenüber. Wir setzen uns dennoch gerade jetzt für eine zielgerichtete Stärkung und Förderung des kulturellen Angebots ein. Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor, ein wichtiger Baustein der persönlichen Entwicklung und der soziale Kitt unserer Gesellschaft. Wir müssen daher in diese Krise hineininvestieren, um die Kulturlandschaft fit für die nächsten Jahrzehnte zu machen und wichtige Prozesse umzusetzen.

Die Landeshauptstadt Hannover und die Kunst- und Kulturszene sollten die Krise nutzen, um neue Wege zu gehen und Experimentierräume zu schaffen. Der im Zuge der Kulturhauptstadtbewerbung konzipierte Kulturentwicklungsplan gibt hierzu wichtige Impulse, insbesondere, was Kultur im öffentlichen Raum und in den Stadtteilen angeht.

Solche Kultur-Freiräume ermöglichen den Kultur- und Kreativschaffenden eine zusätzliche Bühne und sie bilden

für die Bürgerinnen und Bürger Räume des Austausches, des sozialen Miteinanders, der Orientierung, der polarisierenden Auseinandersetzung und des Nachdenkens.

Hannover muss mehr dafür tun, seiner Rolle als UNESCO City of Music gerecht zu werden. Die Fête de la Musique soll als jährliches Event unter Einbeziehung der lokalen Kulturbüros auch auf die Stadtteile ausgeweitet werden. Darüber hinaus sollen mehr Auftrittsmöglichkeiten für Musikerschaffende im öffentlichen Raum entstehen, die auch außerhalb der Fête de la Musique genutzt werden können. So kann ein langfristiger und nachhaltiger Mehrwert für die Kunst- und Kulturszene geschaffen werden.

**FÜR DIE FDP IN HANNOVER ERGEBEN SICH DAHER IM
BEREICH DER KULTURPOLITIK
FOLGENDE SCHWERPUNKTE FÜR DIE POLITISCHE ARBEIT:**

- Wir wollen, dass städtische Kultureinrichtungen für Menschen unter 18 Jahren grundsätzlich kostenfrei sind.
- Wir wollen, dass die Kommunale Kulturförderung jährlich bilanziert und entbürokratisiert wird, denn wir wollen Hannovers Kunst und Kultur erlebbarer machen.
- Wir wollen die Stärkung der Kultur als ein Image- und Wirtschaftsfaktor für die Landeshauptstadt Hannover. Daher wollen wir ein gemeinsames Angebot und eine gemeinsame Vermarktung der hannoverschen Kulturlandschaft mit Hilfe eines Kulturtickets.
- Wir wollen, dass Hannover seiner Rolle als UNESCO City of Music gerecht wird. Die Fête de la Musique ist als jährliches Event in allen Stadtteilen Hannovers zu etablieren.
- Wir wollen die finanzielle und logistische Unterstützung der Digitalisierung, die viele Kultureinrichtungen bereits eingeleitet haben, durch die Landeshauptstadt Hannover.
- Wir wollen eine dezentralere kulturelle Ausrichtung. Kultur muss nicht nur im Innenstadtbereich, sondern vermehrt in den Quartieren und Stadtteilen stattfinden und damit integrativ und inklusiv wirken.

7. SCHULE UND BILDUNG

Bildung ist der Schlüssel zu Teilhabe, beruflichem und wirtschaftlichem Erfolg sowie zur bestmöglichen Entfaltung der persönlichen Möglichkeiten und damit für ein selbstbestimmtes Leben, in dem nicht das Elternhaus, sondern die persönlichen Stärken über den geeigneten Bildungsweg entscheiden. Dementsprechend hat die schulische Bildung für wir Freie Demokraten einen hohen Stellenwert.

Wir wollen den Erhalt eines vielfältigen und begabungsgerechten Schulsystems. Nur wenn die Bildungsvielfalt erhalten bleibt, werden wir eine Qualitätsverbesserung erreichen. Dabei spielt für die spätere Entwicklung des Kindes die richtige Auswahl aus dem vielfältigen Bildungsangebot eine wesentliche Rolle. Daher setzen wir Freie Demokraten uns in Hannover auch weiterhin für den Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems ein:

Begabungen, Stärken aber auch Schwächen bedürfen individuell unterschiedlicher Ansprache und je differenzierter das Schulsystem ist, desto eher wird es den Bedürfnissen aller Schülerinnen und Schüler gerecht. Aufgrund des Auslaufens der Förderschulen in Niedersachsen, wollen wir die Einrichtung von Förderschulklassen an Regelschulen (Kooperationsklassen) unterstützen. Damit schaffen wir für die Kinder die Chance, in einem speziell auf sie zugeschnittenen Format zu lernen. Weiterhin soll die Handhabung der Schuleinzugsbezirke flexibilisiert werden, so dass die Eltern zwischen mehreren Grundschulen im fußläufigen Umfeld wählen können.

Um den Lernerfolg der Kinder und Jugendlichen, aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken, setzen wir Freie Demokraten uns für den weiteren Ausbau der offenen Ganztagschulen für alle Kinder ein. Zugleich sind Horte, dort wo keine Doppelstrukturen mit Ganztagschulen bestehen, zu erhalten, da sie hier ein wichtiges und hochwertiges Betreuungsangebot bereitstellen. Die offenen Ganztagschulen sollen auch mehr als bisher von Vereinsarbeit an Schulen beispielsweise durch Kursangebote verschiedener Anbieter und Organisationen profitieren. Insbesondere in den Schulferien und in Randzeiten sind verlässliche Betreuungsangebote wichtig, so dass bei einem Abschmelzen der Horte zu Gunsten offener Ganztagsgrundschulen neue Wege der Betreuung in den Schulferien entwickelt werden müssen, um diese Lücke zu schließen.

Damit die Wahl der Schulform nicht vom Wohlstand des Elternhauses abhängt, setzen wir uns zudem für die gebührenfreie Schülerbeförderung in der Oberstufe und die gebührenfreie Schulbuchausleihe ein. Auch die kreative und kulturelle Bildung muss unterstützt werden. Wir Freie Demokraten fordern eine Intensivierung der Kooperation zwischen Musikschule und den Grundschulen, damit jedes Kind bis zur vierten Klasse kostenlos ein Instrument leihen kann. Dazu bedarf es einer Ausweitung des Bestands an Leihinstrumenten.

Wir Freie Demokraten wollen die Ausweitung und die Verstetigung des Programms der Sommerschule. Sie soll zukünftig nicht nur für Schulen aus Stadtteilen mit sozialen Herausforderungen angeboten werden, sondern ein Angebot an alle Schülerinnen und Schüler der Landeshauptstadt Hannover werden. Durch dieses freiwillige Angebot in den Ferien können eventuelle Lernrückstände in Kleingruppen individuell aufgearbeitet werden.

Für den individuellen Lernerfolg sowie für die wichtige Persönlichkeitsentwicklung und Sozialisation, die an den Schulen stattfindet, ist ein respektvolles Lernumfeld unerlässlich. Wir setzen uns daher nachdrücklich für ein Lernen ohne Mobbing ein. Wir wollen Bildungsangebote gegen Mobbing in Schulen systematisch stärken.

Das Bildungssystem ist derzeit großen Veränderungen unterworfen, denen es nur langsam zu folgen vermag. Die Realität der Digitalisierung aller Gesellschaftsbereiche hat die Entwicklung in den Schulen schon lange abgehängt und die Schulen haben es schwer, moderne und angepasste Bildungs- und Infrastrukturformate zu entwickeln, die ein zeitgemäßes Lernen ermöglichen. Nur mit digital fitten Schulen können wir unsere Kinder auf die Realität der Wirtschaftswelt und der sozialen Lebenswelt vorbereiten.

Wir Freie Demokraten wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, an digitaler Bildung teilzunehmen. Die Zeit während der Corona-Pandemie hat angedeutet, welche Möglichkeiten durch digitale Bildung entstehen. Diese Potenziale wollen wir nutzen. Daher sprechen wir uns für einen umgehenden Abruf der Mittel aus dem Digitalpakt Schule aus. Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler durch die Schule frühzeitig und kompetent zu einem souveränen und verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien befähigt werden. Auch die weitere Anschaffung moderner Lehrmittel, sowie die Finanzierung einer Stelle des IT-Beauftragten, wollen wir weiter vorantreiben und beschleunigen. Dazu gehören auch ein Glasfaseranschluss und ein leistungsstarkes WLAN-Netz in allen Räumen an jeder Schule. Daher fordern wir, dass in den kommenden Jahren wesentlich

mehr Geld für die Digitalisierung der Schulen bereitgestellt wird, so dass der Medienentwicklungsplan für Hannovers Schulen zu einem echten Digitalisierungsplan umgebaut werden kann.

Mit wachsender zeitlicher Distanz zur NS-Zeit wird es in Schulen bald nicht mehr möglich sein, Zeitzeuginnen und Zeitzeugen im Unterricht zu erleben. Konzepte schulischer Erinnerungskultur müssen daher gestärkt werden. Insbesondere das neu geschaffene Zeitzentrum Zivilcourage sowie die Gedenkstätte Ahlem sollen verstärkt einbezogen werden. Durch die aktive Pflege von Stolpersteinen durch Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Unterrichts können die lokale Geschichte und die persönlichen Schicksale von Menschen vermittelt und greifbar gemacht werden.

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Erkenntnisse aus der Corona-Krise in die baulichen Richtlinien für Kindertagesstätten und Schulen einfließen. Denn Maßnahmen zum Schutz vor Infektionen helfen nach der Corona-Pandemie gegen Grippe- und Erkältungsviren: Dazu gehören moderne Waschräume und Toiletten. Alle Schülerinnen und Schüler sowie Pädagogen müssen freien Zugang zu warmem Wasser, Seife und Papierhandtüchern haben. Wir wollen daher eine grundlegende Überarbeitung des Standardraumprogramms hinsichtlich dieser neuen Erkenntnisse.

FÜR DIE FDP IN HANNOVER ERGEBEN SICH DAHER IM BEREICH DER SCHUL- UND BILDUNGSPOLITIK FOLGENDE SCHWERPUNKTE FÜR DIE POLITISCHE ARBEIT:

- Wir wollen den Erhalt, die systematische Stärkung und den Ausbau des mehrgliedrigen Schulsystems und der Trägervielfalt, da nur die Vielfalt der Bildungsangebote den individuellen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gerecht werden kann, denn nur ein begabungsgerechtes Schulsystem schafft Bildungsgerechtigkeit.
- Wir wollen, dass der Ausbau des offenen Ganztagsangebots weiterverfolgt werden muss. Die mit dem Abschmelzen der Hortbetreuung einhergehende Betreuungslücke in Ferienzeiten muss systematisch durch alternative Angebote, wie die Sommerschule ausgefüllt werden.
- Wir wollen für Hannovers Schulen eine ambitionierte Digitalisierungsoffensive. Bundesmittel müssen konsequent abgerufen und die städtischen Mittel für diesen Bereich deutlich erhöht werden. Statt eines Medienentwicklungsplans für Hannovers Schulen muss ein Digitalisierungsplan entwickelt werden.
- Wir wollen, dass Lehren aus der Pandemie gezogen werden: Das Standardraumprogramm ist so zu überarbeiten, dass Infektionsgefahren in der Schule grundsätzlich verringert werden. Dazu gehören auch moderne Schultoiletten und der problemlose Zugang zu warmem Wasser, Seife und Papierhandtüchern für alle.
- Wir wollen, die dem Elternwillen entsprechende Weiterentwicklung aller Schulformen in Hannover. Alle Schulformen spiegeln die Vielfalt der Gesellschaft wider und eine Steigerung ihrer Attraktivität entspricht der Vielfalt der Gesellschaft.

8. KINDER, JUGEND, FAMILIE UND SENIOREN

Mit der Veränderung individueller Lebens- und Familienentwürfen gewinnt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer mehr an Bedeutung. Viele Erwerbstätige sind mit vielfältigen Herausforderungen familiärer und beruflicher Verpflichtungen konfrontiert. Die Pflege älterer Angehöriger spielt eine immer wichtigere Rolle und auch die qualitative Betreuung kleiner Kinder und Ansprüche an frühkindliche Bildung ist nach wie vor ein wichtiges Hemmnis für eine selbstbestimmte Gestaltung des Erwerbs- und Privatlebens gemäß den tatsächlichen Bedürfnissen.

Häufig wollen oder müssen beide Elternteile eines Kindes arbeiten. Dabei ist es mitunter schwierig, den beruflichen Karrieren und den Ansprüchen familiären Lebens gerecht zu werden.

Für uns Freie Demokraten steht die Selbstverwirklichung jedes und jeder Einzelnen in allen Bereichen des Lebens an höchster Stelle. Individuelle Lebensentwürfe benötigen passgenaue, individuelle Lösungen.

Eine qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung ist die Grundlage für Bildungsgerechtigkeit und ein lebendiges Aufstiegsversprechen.

Aus diesem Grund sehen wir die Politik dazu verpflichtet, unter Nutzung vielfältiger freier Träger, die notwendigen Angebote für Eltern zu schaffen, damit diese für sich und für ihre Kinder die besten Lösungen finden können.

Hier muss die Landeshauptstadt Hannover ihrer Vorbildfunktion als Arbeitgeberin gerecht werden und Modelle zur stärkeren Flexibilisierung von Arbeit weiterverfolgen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mittlerweile einer der wichtigsten Faktoren bei der Gewinnung von Fachkräften geworden.

Damit die Erfüllung der wichtigen gesellschaftlichen und persönlichen Aufgabe der Kindererziehung nicht zu Lasten der beruflichen Entfaltung geht oder zu finanziellen Schieflagen insbesondere im Alter führt, fordern wir Freie Demokraten, dass möglichst flexible Arbeitsmodelle konsequent zu entwickeln und umzusetzen sind, wo immer dies möglich ist.

Um ein möglichst breites, den Bedürfnissen der Eltern und ihrer Kinder angepasstes, Betreuungsangebot zu gewährleisten, ist der Erhalt und Ausbau der Trägervielfalt elementar.

Bei der Betreuung unserer Kinder geht es nicht darum, eine reine Unterbringungsmöglichkeit während der Arbeitszeit der Eltern zu schaffen. Vielmehr geht es um die Chance zur Förderung der Entwicklung und des Lernens in einer kindgerechten Umgebung unter der Anleitung und der Obhut von Fachpersonal. Dabei soll den Eltern die größtmögliche Wahlfreiheit geboten werden, um das richtige Betreuungsangebot für ihr Kind zu finden, denn nur ein vielfältiges Angebot verschiedenster Träger kann für jedes Kind den besten individuellen Platz gewährleisten.

Neben der Flexibilisierung von Arbeitsorganisation und dem Ausbau des Betreuungsangebots gehört auch eine stärkere Flexibilisierung der Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen zu einer bedarfsgerechten Lösung für Familien, denn nur so wird der Betreuungsanspruch auch für Eltern, die im Schichtdienst arbeiten, praktische Wirklichkeit. Weiterhin soll es mehr inklusive Kindergärten geben. Insbesondere muss hierbei die Betreuung durch qualifizierte Fachkräfte gefördert werden, um eine tatsächliche Inklusion zu ermöglichen.

Im Bereich der Jugendpolitik wollen wir Freie Demokraten, dass bestehende Jugendfreizeiteinrichtungen, die erfolgreich arbeiten, auch weiter gefördert und ausgebaut werden. Die Jugendfreizeiteinrichtungen sind integraler Bestandteil nachhaltiger Jugendarbeit. In Jugendfreizeiteinrichtungen sollen Jugendliche die Möglichkeit erhalten, ihre Fähigkeiten nach pädagogischer Anleitung zu entwickeln und zu lernen. Dies soll insbesondere digitale Fähigkeiten miteinschließen. Die Schulhöfe sollen außerhalb der schulischen Nutzungszeiten zur freizeithlichen Nutzung für Schülerinnen und Schüler als Treffpunkt geöffnet sein.

Wir wollen, dass Jugendliche stärker in die kommunale Arbeit eingebunden werden. Für die Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen ist es wichtig, dass sie auch lernen, Argumente für ihre Meinungen zu finden, zu vermitteln und auch demokratisch darüber diskutieren zu können. Wir setzen uns deshalb für eine Stärkung der demokratischen Jugendbildung ein, indem beispielsweise ein jährlicher stadtweiter Debattier-Wettbewerb ausgerichtet wird.

Um die demokratischen Kompetenzen Jugendlicher zu stärken, wollen wir den Jugendlichen mit einem Jugendparlament eine Stimme geben. Zu Themen, die Kinder und Jugendliche betreffen, können diese Jugendparlament Stellung nehmen und müssen auf Wunsch angehört werden.

Das Angebot des Jugendparlaments füllt die Lücke zwischen der hervorragenden Projektarbeit des Vereins „Politik zum Anfassen“ und der institutionalisierten Beteiligung des Stadtjugendrings. Es stärkt so Demokratieverständnis und die Vermittlung demokratischer Spielregeln.

Senioreneinrichtungen/-organisationen sollen in die Kinderbetreuung einbezogen werden. Vor allem gemeinsame Räumlichkeiten, wie beispielsweise eine Kindertagesstätte in einem Seniorenzentrum mit gemeinsamen Begegnungen, sollen stärker gefördert werden.

In der Seniorenpolitik wollen wir Freie Demokraten den Weg für ein neues Bild vom Alter ebnen. Die Seniorinnen und Senioren von heute sind länger gesund und aktiv und wollen und können sich beruflich und ehrenamtlich in unsere Gesellschaft einbringen. Die Potenziale, Kompetenzen und die Lebenserfahrung sind wertvoll und wichtig. Seniorinnen und Senioren haben Anspruch auf Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen. Wir unterstützen deshalb die Arbeit des Seniorenbeirats. Wir sprechen uns gegen jede Art von Altersdiskriminierung aus. Wir Freie Demokraten fordern zudem die Verbesserung von Bildungsangeboten für ältere Menschen – auch in Pflegeeinrichtungen. Dabei soll die Nutzung von digitalen Endgeräten und das Wissen über soziale Medien eine wichtige Rolle spielen.

FÜR DIE FDP IN HANNOVER ERGEBEN SICH DAHER IM BEREICH DER JUGEND- UND FAMILIENPOLITIK FOLGENDE SCHWERPUNKTE FÜR DIE POLITISCHE ARBEIT:

- Wir wollen die Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das gilt sowohl für die Pflege älterer Angehöriger, als auch für die Betreuung von Kindern. Hier muss die Landeshauptstadt Hannover die Flexibilisierung von Arbeitsmodellen innerhalb der Stadtverwaltung konsequent und systematisch ausbauen und mit gutem Beispiel vorangehen.
- Wir wollen den Erhalt und den Ausbau der Trägervielfalt in der Kinderbetreuung, um den Eltern maximale Wahlfreiheit für individuell passgenaue Betreuungsmodelle zu bieten, auch gemeinsam mit Senioreneinrichtungen.
- Wir wollen, dass das Angebot der offenen Ganztagsbetreuung in Hannover zur Regel werden muss.
- Wir wollen eine Flexibilisierung der Betreuungszeiten an Tagesrandzeiten.
- Wir wollen, dass Jugendfreizeiteinrichtungen zur Stärkung der individuellen Entfaltung und Persönlichkeitsentwicklung Jugendlicher erhalten bleiben.
- Wir wollen eine Intensivierung der Einbindung Jugendlicher in kommunale Arbeit. Dies gilt insbesondere für die demokratische Jugendbildung und der Gründung eines Jugendparlaments.
- Wir wollen Altersdiskriminierung auf allen Ebenen abbauen und ihr entschieden entgegenreten.
- Wir wollen Bildungsangebote – insbesondere im digitalen Bereich – für ältere Menschen vor allem in Alten- und Pflegeeinrichtungen stärken.

9. SPORT UND EHRENAMT

Der Sport spielt eine bedeutende Rolle in unserer Gesellschaft. Gerade im vergangenen Jahr ist deutlich geworden, welche Rolle er bei erfolgreicher Integration, für die Bildung und die Gesundheit aber auch für den persönlichen Ausgleich, die Freizeitgestaltung und die gesellschaftliche Teilhabe spielt.

Sport verbindet Menschen aus unterschiedlichsten sozialen Schichten mit verschiedenen kulturellen, religiösen und privaten Hintergründen. Sport ist ein wichtiges Instrument der Inklusion und der Integration.

Damit spielt der Sport eine zentrale Rolle für die Persönlichkeitsentwicklung, die Ausbildung sozialer Kompetenzen und die soziale Integration.

Für uns Freie Demokraten ist klar, dass Sport viel mehr ist, als nur Dienst an der eigenen Gesundheit: Sport ist Bildung, Sport ist Sozialpolitik, Sport ist Jugendarbeit, Sport ist jedoch vor allem Gemeinschaft!

Hier kommt dem Ehrenamt eine besondere Bedeutung zu. Ehrenamtliches Engagement ist gelebter Liberalismus: Statt sich auf den Staat zu verlassen, nehmen Ehrenamtliche die Gestaltung der Gesellschaft selbst in die Hand und arbeiten für das, was ihnen persönlich wichtig ist. Wir Freie Demokraten in Hannover wollen daher, dass ehrenamtliche Arbeit attraktiver gemacht wird, da sie das Rückgrat einer selbstbestimmten Gesellschaft ausmacht. Der organisierte Sport steht durch die Einschränkungen der Corona-Pandemie vor riesigen Herausforderungen und es ist davon auszugehen, dass es in den kommenden Jahren zu massiven Umbrüchen in der Sportstruktur kommen wird: die einen haben gemerkt, dass sie doch gerne unorganisiert Sport treiben, die anderen haben festgestellt, wie sehr ihnen der Vereinssport fehlt und engagieren sich umso mehr. Dies wird voraussichtlich gegenläufige Trends und Verschiebungen in der Vereinsorganisation, im Selbstverständnis, Angebot und finanziellen Spielraum der Vereine nach sich ziehen. Wir setzen uns dafür ein, dass E-Sports Sparten, den anderen Sparten in Sportvereinen gleichgestellt werden.

Bei diesen Umbrüchen und Unsicherheiten ist es uns wichtig, die Vereine zu unterstützen, um auch weiterhin ein breites, vielfältiges, inklusives und gemeinwohlorientiertes Sportangebot in der Landeshauptstadt Hannover zu gewährleisten.

Die Sportvereine werden hierzu auch neue, kreative Modelle wie der Errichtung und dem Betrieb von Sport-Kitas gehen müssen. Solche Konzepte sind sowohl pädagogisch als auf finanziell sinnvolle Modelle, die sich vielerorts großer Beliebtheit erfreuen. Für die Sportvereine ist dies ein doppelter Gewinn, da so junge Menschen natürlich an den organisierten Sport herangeführt werden und in ihn hineinwachsen können.

Ein intensiver Austausch mit den Sportvereinen und auch den Verbänden ist daher weiterhin unerlässlich, damit die Sportvereine gestärkt aus diesem Wandlungsprozess hervorgehen.

Neben der Unterstützung für Sportvereine wollen wir Freie Demokraten zudem den Ausbau der Infrastruktur für individuell betriebenen Sport. Hierzu gehören Outdoor Fitnessparcours, Laufstrecken, Skateranlagen und Inlinerouten, da die Individualisierung des Sports nach wie vor stark wächst. Auch diesem Trend muss die Kommune Rechnung tragen.

Nach wie vor zeigen Studien, dass die Zahl der Nichtschwimmer weiterhin steigt. Auch hier haben die Einschränkungen während der Corona-Pandemie Spuren hinterlassen. Besonders Kinder sind von diesem Trend betroffen. Die Folgen sind immer wieder tödliche Badeunfälle. Es muss das Ziel sein, dass jedes Kind nach Verlassen der Grundschule schwimmen kann. Wir Freie Demokraten wollen, dass sich die Verwaltung hierzu konzeptionell besser aufstellt. Schwimmzeiten und Lehrangebote in städtischen Bädern sind systematisch so auszubauen, dass Schwimmunterricht in ausreichendem Maß gewährleistet werden kann. Hierzu ist auch die Kooperation zwischen Schulen und Schwimmvereinen auszubauen, damit ein bedarfsgerechtes Angebot gewährleistet werden kann.

**FÜR DIE FDP IN HANNOVER ERGEBEN SICH DAHER IM
BEREICH DER SPORTPOLITIK
FOLGENDE SCHWERPUNKTE FÜR DIE POLITISCHE ARBEIT:**

- Wir wollen eine verlässliche Förderung der wichtigen Arbeit der Sportvereine. Das Ehrenamt muss mehr Wertschätzung erhalten, damit möglichst viele Menschen für ein sportliches Ehrenamt gewonnen werden können. Die Steigerung der Attraktivität der Ehrenamtskarte ist hier z.B. ein wichtiger Schritt.
- Wir wollen die Vereine auch weiterhin darin unterstützen, Vereinssportanlagen zu erhalten und zu modernisieren, damit Vereinssport auch zukünftig attraktiv bleibt. Hierzu gehört auch die Fortsetzung des Kunststoffrasenplatzprogramms.
Auch bei neuen, alternativen Modellen sollen die Vereine unterstützt werden.
- Wir wollen, dass alle Kinder in Hannover Schwimmen lernen. Alle Kinder sollen mit dem Verlassen der Grundschule schwimmen können. Dafür müssen die nötigen Hallenkapazitäten zur Verfügung stehen. Die Umsetzung des Bäderkonzepts muss daher dringend auf die Bedürfnisse des Schwimmunterrichts gerade in der Grundschule abgestimmt werden.
- Die Personalgewinnung im Bereich des Badewesens muss intensiviert werden, um einen flächendeckenden Badebetrieb in allen Bädern gewährleisten zu können.

10. SOZIALES

Für uns Freie Demokraten ist die zentrale sozialpolitische Fragestellung die, wie wir als Gesellschaft miteinander leben wollen. An dieser Frage entscheidet sich alles: Nämlich nicht weniger als die Qualität unseres Miteinanders in der Gesellschaft.

Sozialpolitik in einer Großstadt wie Hannover muss vielfältigen Bedürfnissen entsprechen. Integration, demographischer Wandel und der Umgang mit Obdach- und Wohnungslosigkeit, Suchtprävention und häusliche Gewalt sind nur einige der wichtigen Themen, die sozialpolitisch begleitet werden müssen, damit ein Miteinander gelingt und alle Menschen, die in unserer Stadt leben, Chancen, Hilfe und Perspektiven erhalten, wo diese gebraucht werden.

Obdachlosigkeit ist wie in allen großen Städten auch in Hannover ein wachsendes Problem. Sie geht oft mit Drogensucht einher und ist daher für die betroffenen Menschen ein kaum allein lösbares Problem. Wir müssen den Menschen helfen, sich aus dieser Situation zu befreien. Daher wollen wir Freie Demokraten eine Stärkung der Präventionsmaßnahmen. Angebote der Sucht- und Drogenhilfe müssen koordiniert und systematisch bedarfsgerecht unterstützt werden. Wir wollen mehr Initiativen im Bereich von housing first Konzepten, die ersten Schritte, die hier bereits unternommen wurden, müssen systematisch weitergegangen werden.

Wichtig ist für uns Freie Demokraten insbesondere der Aspekt der Obdach- und Wohnungslosigkeit von Frauen. Ihre Situation ist oft noch prekärer als die der Männer und sie bedürfen einer anderen sozialarbeiterischen Ansprache als Männer. Daher wollen wir einen Ausbau und eine Stärkung spezieller Beratungs- und Versorgungsangebote für obdach- oder wohnungslose Frauen.

Auch der Ausbau der Frauenhäuser und der Männerwohnheime zur kurzzeitigen Aufnahme von Menschen in Notlagen ist für uns Freie Demokraten ein wichtiger Baustein sozialpolitischen Handelns. Gerade die Schwächsten unserer Gesellschaft brauchen unsere Unterstützung, ihre Potentiale auszuschöpfen und Lebenskrisen wie auch mögliche Benachteiligungen zu überwinden. Das ist für den Einzelnen wichtig, aber auch für uns als Gesellschaft.

Menstruationsprodukte (Tampons, Binden etc.) sollen in den Schulen kostenfrei oder gegen ein geringes Entgelt verfügbar sein.

Von Genitalverstümmelung sind auch in Hannover immer noch viele Menschen betroffen. Noch immer werden nicht alle Betroffenen durch die bestehenden Angebote erreicht. Um dies zu verbessern, wünschen wir eine bessere Vernetzung zwischen den Frauenärztinnen und -ärzten und den Beratungsstellen sowie eine intensivere Kommunikation bestehender Hilfsangebote auf den offiziellen Seiten der Landeshauptstadt Hannover.

Wir Freie Demokraten wollen, dass auch ältere Menschen mit abnehmender Mobilität die Möglichkeit des Zusammenkommens mit anderen Menschen erhalten. Mehrgenerationenhäuser stärken den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Die FDP hat auf Bundesebene eine bessere Förderung der Mehrgenerationenhäuser erreicht. Wir wollen, dass diese Chance zur verstärkten Einrichtung solcher Häuser in Hannover genutzt wird und die Gründung neuer Mehrgenerationenhäuser geprüft und wo möglich auch umgesetzt wird.

Um den Herausforderungen des demographischen Wandels und den Bedürfnissen älterer Menschen nach kurzen Wegen und Wohnen in zentralen Lagen gerecht zu werden, wollen wir Freie Demokraten, dass bei weiteren Entwicklungsvorhaben in der Innenstadt grundsätzlich darauf geachtet wird, dass seniorengerechter, bezahlbarer, gut angebundener Wohnraum entsteht, der den Bedürfnissen einer alternden Stadtgesellschaft entspricht.

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine vielfältige, tolerante und bunte Gesellschaft ein. Unterschiede und Vielfalt sind eine Stärke unserer Gesellschaft. Um Menschen, die neu in unser Land kommen oder auch länger hier leben, aber noch nicht wirklich angekommen sind, in unsere Gesellschaft einzubinden, ist die Sprache der Schlüssel. Dies gilt insbesondere für Frauen, die oftmals einen noch schwereren Zugang zu Sprachkursangeboten haben, da sie mit der Kinderbetreuung beschäftigt sind und wenig Kontakte außerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft haben. Doch gerade sie sind ein wichtiger Multiplikator für das Ankommen und sind maßgeblich entscheidend für das Ankommen ihrer Familien. Wir wollen, dass diese zentrale Funktion stärker gefördert und wertgeschätzt wird. Programme, wie das der Rucksackmütter, ist daher weiter auszubauen.

Auch Menschen mit Behinderungen müssen vollumfänglich am öffentlichen Leben teilhaben können. Der barrierefreie Zugang zu Ämtern und Behörden und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum muss verbessert werden.

Der Bedarf an Unterstützung und pflegerischer Versorgung wird steigen. Deshalb unterstützen wir die Arbeit der Pflege- und Seniorenstützpunkte. Darüber hinaus wollen wir spezielle Beratungsangebote für Menschen mit Demenz und deren Angehörige aufbauen und die bestehenden Angebote erweitern, insbesondere auf die vielfältigen Unterstützungsmöglichkeiten aufmerksam machen. Vor Ort soll ein enges Netz der Solidarität für an Demenz erkrankte geknüpft werden. Das Ziel muss daher sein, die Landeshauptstadt Hannover zu einer demenzfreundlichen Kommune zu entwickeln. Hierzu werden mehr Angebote für Demenzkranke in den einzelnen Stadtteilen sowie eine stärkere psychologische Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen benötigt.

Wir Freie Demokraten setzen uns für den Erhalt kommunaler Pflegeeinrichtungen ein, da sie zusammen mit privaten Angeboten ein ausgewogenes Betreuungsangebot garantieren.

FÜR DIE FDP IN HANNOVER ERGEBEN SICH DAHER IM BEREICH DER SOZIALPOLITIK FOLGENDE SCHWERPUNKTE FÜR DIE POLITISCHE ARBEIT:

- Wir wollen eine systematische und bedarfsgerechte Stärkung der Hilfsangebote für Obdach- und Wohnungslose Menschen.
- Wir wollen, dass zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit auch die Suchtprävention und Suchthilfe als ein wichtiges sozialpolitisches Instrument gestärkt werden.
- Wir wollen die Stärkung und den Ausbau spezifischer Hilfsangebote für Frauen.
- Wir wollen, dass Housing-First Ansätze fortgeführt und Angebote der Frauenhäuser und Männerwohnheime ausgebaut werden.
- Wir wollen eine stärkere Einbeziehung von Mehrgenerationenwohnen in die Stadtplanung.
- Wir wollen eine stärkere Sprachförderung insbesondere für Frauen, da Sprache das entscheidende Kriterium für gelingende Integration ist.

11. SICHERHEIT UND SAUBERKEIT

Wir Freie Demokraten stehen dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger sich im öffentlichen Raum frei und sicher bewegen können. Der öffentliche Raum ist ein Ort vielfältiger Nutzungsansprüche. Die gefahrlose Nutzung dieses öffentlichen Raums ist eine Kernaufgabe des Staates. Hierbei muss sich die Landeshauptstadt Hannover auf die Durchsetzung bestehender Rechtsregeln konzentrieren.

Wir fordern ein Recht auf Anonymität im öffentlichen Raum und lehnen eine flächendeckende Videoüberwachung als tiefen Einschnitt in die Bürgerrechte ab. Die Überwachung einzelner Orte kann im Einzelfall geboten sein, um Kriminalitätsschwerpunkten zu begegnen. Die physische Präsenz von Polizei und Ordnungsdienst an Kriminalitätsschwerpunkten muss ausgebaut werden, um Kriminalität zu verhindern. Sie trägt, insbesondere in Form von Fuß- und Fahrradstreifen außerdem dazu bei, das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger zu steigern.

Insbesondere im Innenstadtbereich kann die verstärkte Präsenz von Ordnungsdiensten auch zur Verkehrssicherheit in den Fußgängerzonen beitragen, da sie so für die uneingeschränkte, gefahrlose Nutzung durch Fußgänger sorgen können.

Wir Freie Demokraten wollen die Arbeit des kommunalen Präventionsrats weiter stärken. Insbesondere eine Steigerung der Wahrnehmung seiner Arbeit in der Öffentlichkeit ist anzustreben, damit auch für die Bevölkerung transparenter deutlich wird, wo Arbeitsschwerpunkte liegen. Insgesamt muss der Dialogcharakter des kommunalen Präventionsrats gestärkt werden, so dass er stärker nach außen kommuniziert und leichter Impulse aus der Bevölkerung und von verschiedenen Stakeholdern aufgreifen kann.

Das Netz an Notfallmeldepunkten soll weiter ausgebaut werden.

Ein wichtiges Element der Herstellung vermehrter Sicherheit im öffentlichen Raum sind stadtplanerische Maßnahmen. Wir fordern daher, dass polizeiliche Erkenntnisse noch stärker als bislang in die Bauleitplanung einfließen, um Kriminalität zu verhindern. Öffentliche Räume dürfen keine Angsträume sein. Beleuchtung, gepflegte Begrünung sowie eine Anbindung an die Zentren leisten nachweislich einen Beitrag für die Sicherheit der Menschen, insbesondere in Fußgängerunterführungen, an Bahnsteigen sowie auf häufig genutzten Verbindungswegen.

Sicherheit und Sauberkeit müssen einen hohen Stellenwert in unserer Stadt haben. Sauberkeit ist wesentlich für das Thema Sicherheit. Saubere Innenstädte entfalten eine positive Wirkung auf das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Zudem ist durch ein Mehr an Sauberkeit eine Stadt lebenswerter. Die Zufriedenheit und auch die Identifikation mit dem eigenen Wohnumfeld steigen, wenn der Einzelne sein Quartier nicht nur als sicher, sondern auch als sauberes, attraktives und angenehmes Lebensumfeld empfindet.

**FÜR DIE FDP IN HANNOVER ERGEBEN SICH DAHER IM
BEREICH DER SICHERHEIT UND SAUBERKEIT
FOLGENDE SCHWERPUNKTE FÜR DIE POLITISCHE ARBEIT:**

- Wir wollen, dass rechtliche Rahmen, auch bestehende Bußgeldkataloge, konsequent angewandt und ausgeschöpft werden. Darüberhinausgehende Regelungen und Einschränkungen lehnen wir ab.
- Wir wollen, dass die Videoüberwachung im öffentlichen Raum auf ein absolut notwendiges Minimum an Kriminalitätsschwerpunkten reduziert wird. Polizeipräsenz auf der Straße verhindert Straftaten und Ordnungswidrigkeiten effizienter und ohne Eingriffe in Persönlichkeits- und Freiheitsrechte Dritter.
- Wir wollen, dass die Arbeit des Kommunalen Präventionsrats transparenter und offener wird, damit ein Austausch mit der Stadtgesellschaft erfolgen kann.
- Wir wollen eine noch stärkere Überprüfung stadtplanerische Maßnahmen hinsichtlich berührter Sicherheitsaspekte. Insbesondere Beleuchtungselemente sind hier konsequenter einzuplanen und umzusetzen. Dies gilt vor allem auch für Rad- und Fußwege durch Grünanlagen.
- Wir wollen, dass die Sauberkeit in Hannover weiterhin verbessert wird. Das beschlossene Konzept „Hannover sauber“ muss konsequent umgesetzt, Bußgelder bei Vermüllung regelmäßig verhängt und die Öffentlichkeitsarbeit für das Thema Sauberkeit weiter verstärkt werden.

12. HAUSHALT UND FINANZEN

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine nachhaltige Haushaltspolitik ein. Wir fordern auch in finanziell angespannten Zeiten eine strikte Einhaltung des gesetzlich verankerten Verschuldungsverbots und einen planmäßigen Schuldenabbau. Als Freie Demokraten setzen wir auf strukturelle Korrekturen, öffentliche Aufgabenreduzierung und Effizienzsteigerung durch eine moderne Verwaltung. Das Bekenntnis zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik resultiert für uns nicht nur aus einem wirtschaftlichen Grundverständnis, sondern ist auch Ausdruck von Generationengerechtigkeit. Mit einer nachhaltigen Haushaltspolitik ermöglichen wir der nächsten Generation ihre Zukunft selbst gestalten zu können.

Wir werden uns gegen kommunale Steuererhöhungen einsetzen. Durch die Corona-Krise wird es auch zu Einbußen in den kommunalen Haushalten kommen. Die Einnahmeneinbußen schlicht durch Steuererhöhungen und damit mit einer Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger auszugleichen, ist mit uns Freie Demokraten nicht zu machen.

Wir Freie Demokraten wollen, dass Menschen in Aus- und Weiterbildung nicht mehr mit der Zweitwohnsitzsteuer belastet werden. Wir wollen Studierenden und Auszubildenden ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und sie in der Studien- und Ausbildungsortswahl nicht benachteiligen. Gerade für den Universitätsstandort Hannover wäre eine Entlastung der jungen Menschen, die oft noch zugleich in ihrem Elternhaus als Erstwohnsitz gemeldet sind, wichtig.

Wir Freie Demokraten wollen auch in finanziell schwierigen Zeiten in die Zukunft gerichtete Investitionen planmäßig tätigen. Dazu zählen für uns insbesondere Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur. Für Investitionen wollen wir vor allem öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) ergebnisoffen prüfen. ÖPP Projekte sind für uns denkbar, wenn sie demokratischen Prinzipien entsprechen und sich aus der Beteiligung Privater auch langfristig ein Vorteil für die Kommunen ergibt. Dies ist auf Basis der Vereinbarungen vorab zu prüfen. Schon jetzt ist der kommunale Investitionsstau groß. Es ist unsere Ansicht, dass ein Aufschieben von wichtigen und notwendigen Investitionen am Ende teurer und der nächsten Generation gegenüber nicht gerecht wäre.

Wir fordern, dass die Zuwendungslandschaft weiter transparenter wird. Das in den vergangenen Jahren beschlossene und umgesetzte Controlling der Zuwendungen muss konsequent weitergeführt werden, so dass regelmäßige Evaluationen und Leistungsbewertungen erfolgen können, damit Zuwendungen künftig noch zielgerichteter und bedarfsgerechter gewährt werden können. Insgesamt ist die Summe der freiwilligen Leistungen in der Landeshauptstadt überdurchschnittlich hoch. Ein sinnvolles Zuwendungsmanagement auch unter finanzpolitischen Gesichtspunkten ist daher dringend geboten.

Wir Freie Demokraten wollen das Management der kommunalen Beteiligungen weiter professionalisieren. Wir treten dafür ein, durch das konsequente Stärken betriebswirtschaftlicher Grundsätze und Methoden – z.B. Controlling und Prozessoptimierung – die Effizienz in den Unternehmen mit kommunaler Beteiligung zu erhöhen. Wir gehen davon aus, dass dadurch Qualitätsverbesserungen ohne Kostensteigerungen oder Kostensenkungen bei gleichbleibender Qualität in beträchtlichem Umfang erreicht werden können.

**FÜR DIE FDP IN HANNOVER ERGEBEN SICH DAHER IM
BEREICH DER HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK
FOLGENDE SCHWERPUNKTE FÜR DIE POLITISCHE ARBEIT:**

- Wir wollen die Intensivierung der kommunalen Haushaltssanierung, damit Handlungsoptionen für zukünftige Generationen erhalten bleiben. Das ist eine Frage der Generationengerechtigkeit.
- Wir wollen keine zusätzlichen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger sowie des Gewerbes durch kommunale Steuererhöhungen.
- Wir wollen die Abschaffung der Zweitwohnungssteuer für Menschen in Aus- und Weiterbildung, um den Ausbildungs- und Universitätsstandort Hannover zu stärken und jungen Menschen eine attraktive Wohnperspektive in der Landeshauptstadt Hannover zu bieten.
- Wir wollen vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage bei gleichzeitigem Investitionsbedarf die konsequente Prüfung und Berücksichtigung von ÖPP Projekten.
- Wir wollen, dass die freiwilligen Leistungen der Landeshauptstadt Hannover regelmäßig auf Effizienz geprüft und die Bedarfe angepasst werden.
- Wir wollen, dass die kommunalen Beteiligungen stärker nach betriebswirtschaftlichen Kriterien ausgerichtet werden. Eine transparente, nach Wirtschaftlichkeitskriterien ausgerichtete Betriebsführung würde die Effizienz der Unternehmen steigern, ohne die Leistungsqualität zu beeinträchtigen.

13. MODERNE VERWALTUNG UND KOMMUNALE DIGITALISIERUNG

Die kommunale Verwaltung ist der Dreh- und Angelpunkt des Miteinanders in unserer Stadt. Alle zentralen Lebensbereiche der Bürgerinnen und Bürger sind von der Arbeit der Stadtverwaltung betroffen. Daher ist eine funktionierende, digitale und schnelle Verwaltung maßgeblich daran beteiligt, wie lebenswert und wirtschaftlich erfolgreich die Stadt ist.

Die Verwaltung stellt wichtige Dienstleistungen für Bürger und Unternehmen bereit. Daher muss der Wandel im Selbstverständnis aller Verwaltungsebenen hin zu einem Servicegedanken weiter vorangetrieben werden. Die Verwaltung dient dem Bürger, nicht umgekehrt.

Wir Freie Demokraten fordern, dass dieser Wandel deutlich beschleunigt wird. Hierzu ist insbesondere die Digitalisierung der Angebote unerlässlich. Dies gilt nicht nur für die Bürgerservices, sondern auch für alle Behördenanliegen der Gewerbetreibenden. Schnelle, vollständig digitale Lösungen sind ein erheblicher Gewinn für die Einwohnerinnen und Einwohner und entsprechen zudem den modernen Lebens- und Arbeitswelten der Menschen. Insbesondere wollen wir ein digitales Bürgeramt einrichten, in dem postalische Verwaltungsabläufe sowie Formulare und Anträge in Papierform der Vergangenheit angehören. Alle Verwaltungsdienstleistungen müssen nach dem Onlinezugangsgesetz bis spätestens Ende 2022 auch digital angeboten werden. Diesen digitalen Wandel der öffentlichen Verwaltung wollen wir aktiv begleiten. Öffnungszeiten müssen flexibilisiert werden. Das Bürgeramt stellt zu allererst eine Servicestelle für die Bürgerinnen und Bürger dar. Der Gang zum Amt darf deshalb nicht länger zur Hürde werden. Die Digitalisierung ermöglicht hierbei einen niedrigschwelligen Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen, der der Lebenswirklichkeit einer modernen Gesellschaft entgegenkommt.

Den Dienstleistungsgedanken in der Verwaltungsarbeit wollen wir Freie Demokraten zudem stärken, indem Verwaltungshandeln von der überbordenden Bürokratie befreit wird. Leistungen, Arbeits- und Genehmigungsabläufe müssen konsequent auf den Prüfstand. Auch hier ist ein erheblicher Gewinn durch Digitalisierung und medienbruchfreies Arbeiten zu erwarten. Auch die Digitalisierung der Stadtverwaltung nach innen ist daher konsequent, systematisch und mit deutlich erhöhtem Tempo voranzutreiben.

Darüber hinaus setzen wir uns grundsätzlich für den freien Zugang zu Informationen und nicht-personenbezogener Daten kommunaler Behörden sowie eine Politik nach dem Prinzip der Open Public Data und des Open Governments ein. Daher fordern Freie Demokraten, dass die Stadt die Verpflichtungen, die aus den Regelungen des Onlinezugangsgesetzes hervorgehen, bürgerfreundlich und unbürokratisch zeitnah umsetzt.

Der Weg hin zu einem serviceorientierten Dienstleistungsbetrieb der Kommunalverwaltung betrifft, wie sich zeigt, nicht nur den Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern, sondern bedarf auch vieler Änderungen innerhalb der Arbeitsorganisation der Verwaltung selbst.

Digitalisierung ist hier sicherlich die größte und wichtigste Herausforderung. Doch die Verwaltung als Arbeitgeberin muss sich weiter wandeln, um modernen Anforderungen an die Arbeitswelt zu genügen und so qualifizierte Fachkräfte, mit einem modernen, interessanten und attraktiven Arbeitsumfeld zu gewinnen. Der Wunsch vieler Beschäftigter nach mehr Flexibilität und einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Freizeitaktivitäten wächst. Wir Freie Demokraten wollen, dass die Verwaltung bei neuen Arbeitsformen mit gutem Beispiel vorangeht und das Arbeiten von unterwegs oder aus dem Homeoffice ermöglicht. Die Verwaltung soll überall dort, wo dies möglich ist, starre Arbeitszeitmodelle flexibilisieren, um als attraktive Arbeitgeberin eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. eine bessere Work-Life-Balance zu ermöglichen, bei zugleich verbessertem Dienstleistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger.

Wir Freie Demokraten wollen, dass die Landeshauptstadt Hannover als kommunale Arbeitgeberinnen mit gutem Beispiel vorangeht und die Möglichkeiten der Arbeitsmarkteingliederung im Rahmen des „Teilhabeengesetzes“ stärker nutzt. Für uns steht fest, dass Menschen mit Behinderung eine Bereicherung für das Arbeitsumfeld darstellen.

Die Arbeit der Stadtverwaltung ist maßgeblich von kommunalpolitischen Entscheidungen abhängig. Daher ist es wichtig, gute, engagierte ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker für die Arbeit in den politischen Gremien zu gewinnen. Wir wollen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und dem Engage-

ment in der Kommunalpolitik auch die Arbeit in den kommunalen Gremien und in der Verwaltung selbst modernisieren. Wir fordern deshalb die Ermöglichung von komplett digitalen Sitzungen, zumindest aber von sogenannten Hybridsitzungen – so wie bereits während der Pandemie eingeführt. Beratungen, Abstimmungen und Drucksachen sollen in der Regel (teil-)digital durchgeführt und vorgelegt werden. Viel zu oft scheitert das kommunalpolitische Engagement an der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger. Damit etwa auch Studierende oder junge Eltern regelmäßig an den Sitzungen kommunaler Gremien teilnehmen und sich einbringen können, müssen hierfür flexible Möglichkeiten geschaffen werden.

Doch nicht nur die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, sondern auch die engagierten und interessierten Bürgerinnen und Bürger müssen leichteren Zugang zu den politischen Entscheidungsprozessen, die ihr Leben beeinflussen erhalten. Wir Freie Demokraten wollen die Sitzungen der kommunalen Gremien grundsätzlich als Livestream ins Internet übertragen, um den Bürgern eine vereinfachte Möglichkeit zu geben, am politischen Diskurs ihrer Gemeinde teilnehmen zu können. Demokratie lebt von Beteiligung. Die technischen Möglichkeiten an öffentlichen Sitzungen digital teilzunehmen sind vor Ort für die Kommunalpolitiker vielfach geschaffen worden. Es ist notwendig, diese Möglichkeit der Teilnahme auch für interessierte Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

FÜR DIE FDP IN HANNOVER ERGEBEN SICH DAHER IM BEREICH DER KOMMUNALEN ORGANISATION FOLGENDE SCHWERPUNKTE FÜR DIE POLITISCHE ARBEIT:

- Wir wollen, dass alles Verwaltungshandeln konsequenter auf den Dienstleistungsgedanken ausgerichtet wird. Dies gilt insbesondere für das Angebot digitaler Dienstleistungen. Diese sollen in standardisierter Form angeboten werden.
- Wir wollen die Schaffung eines digitalen Bürgeramts, das den Lebenswirklichkeiten der Menschen Rechnung trägt.
- Wir wollen eine umfassende Aufgaben- und Prozesskritik mit dem Ziel des Bürokratieabbaus und der Verschlankung und Beschleunigung von Verwaltungshandeln.
- Wir wollen, dass die Landeshauptstadt Hannover sich als attraktive Arbeitgeberin neu erfindet, um Fachkräfte zu gewinnen: Moderne Arbeitszeit und -Organisationsmodelle, optimierte Arbeitsabläufe und interne Digitalisierung sind hierzu notwendig.
- Wir wollen, dass nur die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen nicht die Messlatte kommunaler Personalpolitik sein darf. Die Stadt muss eine Vorreiterrolle einnehmen. Inklusion bereichert die Arbeitswelt und dies sollte die Landeshauptstadt Hannover in ihrer Personalpolitik offen dokumentieren.
- Wir wollen die Möglichkeiten der Vereinbarkeit des kommunalpolitischen Ehrenamts mit dem modernen Berufs- und Familienleben verbessern, damit das kommunalpolitische Engagement für mehr Menschen in unserer Stadt attraktiv ist.
- Wir wollen die digitalen Teilhabemöglichkeiten für interessierte Bürgerinnen und Bürger verbessern, damit eine transparente Willensbildung ermöglicht wird.

**Freie
Demokraten**

FDP

***HANNOVER
ENTSCHEIDET.***

FDP-Stadtverband Hannover
Hildesheimer Str. 7
30169 Hannover
Telefon (05 11) 28 11 08
mail@fdp-hannover.de
www.fdp-hannover.de